

- Zusammenarbeit mit den Freien Berufen
- Behandlung als gleichwertiger Wirtschaftspartner/Zuschüsse
- weniger Bürokratie und Deregulierung für unsere Berufsstände
- Einbindung in eine Sozial-Wirtschaftspartnerschaft NEU



Wir pflegen als Wirtschaftspartei schon seit je her einen intensiven, respektvollen und konstruktiven Austausch mit den Leistungsträgern der Freien Berufe.

Keine Zuschüsse für die Freien Berufe bedeuten keine Diskriminierung, sondern grundsätzlich zielgerichtete Unterstützung, die sicherstellt, dass die Mittel dort ankommen, wo sie am meisten benötigt werden.

Wie im Österreichplan von Bundeskanzlers Karl Nehammer beschrieben, sehen wir die Deregulierung und Entbürokratisierung als wichtige Maßnahmen an, um unseren Wohlstand zu schützen und wirtschaftliche Freiheit zu garantieren.

Die Sozialpartnerschaft in Österreich basiert auf einer bewährten Struktur, die die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen durch die etablierten Kammern WKÖ, LKÖ, AK und ÖGB vertritt. Nur bei fachspezifischen Anliegen werde man mit den Kammern der Freien Berufe sprechen und verhandeln.



Wir wertschätzen die Arbeit der Freien Berufe sehr. Wir haben zur Aufarbeitung verschiedenster Themen Expert*innenarbeitsgruppen eingerichtet. Auch im Bereich Wirtschaft/Unternehmen wird es künftig zu weiteren Vertiefungen kommen. Dazu sind alle, die sich einbringen möchten, herzlich eingeladen.

Die aktuelle Bundesregierung hat die Vorschläge der SPÖ nicht aufgegriffen und die Freien Berufe beim Energiekostenzuschuss diskriminiert. In Regierungsverantwortung wird die SPÖ alle Berufsgruppen gleichberechtigt berücksichtigen.

Die SPÖ ist dort für weniger Regulierung und Bürokratie, wo es sinnvoll ist und Arbeitnehmer*innen-, Klima- und Umweltschutz nicht dagegenstehen.

Die Frage der Zugehörigkeit zur Sozialpartnerschaft liegt originär bei den Sozialpartnern selbst. Die SPÖ schätzt die Arbeit der freien Berufe sehr und wird sich im Falle einer Regierungsbeteiligung um eine stärkere Einbeziehung bemühen.



Es findet eine gute Zusammenarbeit mit fast allen Kammern der Freien Berufe statt. Wir können uns vorstellen, künftig frühzeitiger Informationen auszutauschen bzw. noch direkter hinsichtlich Bedenken und Anregungen nachzufragen.

Keine Zuschüsse/Förderungen für die Freien Berufe sind absolute Diskriminierung von aktiven und gesellschaftsgestaltenden Sozial-/Wirtschaftspartnern. Die FPÖ wird sich für eine gleichberechtigte Stellung einsetzen.

Die Selbstverwaltung der Freien Berufe sowie die gegenwärtigen Zugangskriterien zu den Berufsständen sollten erhalten bleiben. Aufsichtspflichten/Vorschriften sollten im Verhältnis zur Gefahr stehen und daher ist unsachliche Bürokratie abzuschaffen.

Die FPÖ setzt sich - anders als ÖVP/SPÖ - für eine gleichberechtigte/vollwertige Einbeziehung in eine Sozial-Wirtschaftspartnerschaft NEU ein - unabhängig davon, ob in Regierungsverantwortung oder Opposition.

Nachgefragt bei den NR-Wahl-Kandidaten:

- Zusammenarbeit mit den Freien Berufen
- Behandlung als gleichwertiger Wirtschaftspartner/Zuschüsse
- weniger Bürokratie und Deregulierung für unsere Berufsstände
- Einbindung in eine Sozial-Wirtschaftspartnerschaft NEU



Wir konnten in verschiedenen wichtigen Bereichen auf die Expertise der Freien Berufe zurückgreifen. Diesen wertvollen Austausch werden wir aufrechterhalten.

Wir stehen für faire Behandlung aller Unternehmer:innen. Die Freien Berufe müssen von relevanten Fördermaßnahmen erfasst werden. Der Ausschluss beim EKZ mit dem Argument "Verkammerung" ist eine nicht-sachgerechte Diskriminierung.

Freiberufler:innen tragen wesentlich zur Transformation der Wirtschaft bei. Von den hohen Standards sollte nicht abgewichen werden. Wir Grüne fördern den Bürokratieabbau überall dort, wo es sinnvoll ist und Umwelt- und Sozialstandards nicht ausgehöhlt werden.

Die Sozialpartnerschaft ist ein freiwilliges (kein gesetzliches) System der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden untereinander und mit der Regierung. Es wäre sinnvoll, dass auch die Freien Berufe davon Teil sind.



Wir NEOS verfolgen die Arbeit, insbesondere die Stellungnahmen, der Interessensvereinigungen Freier Berufe sehr genau. Dies hilft uns bei unserer Oppositionsarbeit. Wir werden daher auch weiterhin einen regen Austausch pflegen.

NEOS haben bereits die Krisenpolitik der Regierung scharf kritisiert, auch das abschlägige Argument der „Verkammerung“ sehen wir sehr kritisch. Statt gezielt Unternehmen zu helfen, wurde wieder zur Gießkanne gegriffen.

Dort wo Regelungen für den Erhalt von Qualität sorgen, zählen wir sie auch nicht zur unnötigen Bürokratie. Ziel muss es sein, die Rahmenbedingungen zu modernisieren und so unseren Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig zu machen.

Wir halten die privilegierte Stellung von Wirtschafts-/Arbeiterkammer für verfehlt. Alle Erwerbstätigen sollten dieselbe Rechtsposition haben. Insgesamt ist der Einfluss der Sozialpartner zu hoch. Die Macht gehört ins Parlament verschoben.



Die KPÖ hatte bislang zu keiner Berufskammer engeren Kontakt. Im Rahmen unserer politischen und parlamentarischen Arbeit können wir uns den Austausch mit allen Freiberufskammern der Freien Berufe vorstellen.

Alle Wirtschaftstreibenden sollten die gleichen Rechte haben und die gleichen Pflichten erfüllen. Wir sehen kaum Unterschiede bei den Bedürfnissen der EPU, KMU, KKMU und den Freien Berufen.

Die hohen Standards müssen stetig ausgebaut werden. Insofern sprechen wir uns gegen Deregulierung aus. Behördenwege und Auflagen müssen laufend überarbeitet und an den aktuellen Stand der Technik angepasst werden, um Bürokratie zu reduzieren.

Die Sozialpartnerschaft sollte alle relevanten Partner:innen in ihre Kompromissfindung einbeziehen - so auch die Freien Berufe.